

Zur Entwicklung der Krise in EU-Europa - Schlussfolgerungen für die DKP

Referat von Georg Polikeit auf der Tagung der Internationalen Kommission des PV der DKP, Hannover, 28.1.2012

1.

Die Kanzlerin hat es in ihrer ansonsten auf Optimismus getrimmten Neujahrsrede für angebracht gehalten, die Menschen darauf einzustimmen, dass das neue Jahr „ohne Zweifel schwieriger“ wird als das abgelaufene.

Der am 18. Januar veröffentlichten Bericht der Weltbank prognostizierte der Weltwirtschaft ein „turbulentes Jahr“ mit einem globalen Abschwung, auch in großen Schwellenländern wie Brasilien, Indien, Südafrika und der Türkei, mit Ausnahme Chinas, aber für Europa wurde direkt eine neue Rezession, also ein Rückgang der Wirtschaftstätigkeit vorhergesagt.

Es gibt Anzeichen dafür, dass die führenden Kreise in Politik und Wirtschaft solche Prognosen ernst nehmen und sich darauf einstellen.

In der Resolution des 19. Parteitags haben wir im Oktober 2010 festgehalten, dass sich der Kapitalismus in seiner tiefsten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg befindet und ein Ende dieser Krise nicht absehbar war. Das hat sich als richtig erwiesen.

In der Resolution wurde gesagt, dass es sich nicht nur um einen zyklischen Wirtschaftseinbruch handelt, sondern um eine tiefgehende globale Krise des neoliberalen finanzmarktdominierten Wachstumsmodells. Die seit Jahrzehnten angehäuften chronischen ökonomischen Ungleichgewichte haben sich krisenhaft zugespitzt und mit anderen kapitalistischen Krisenerscheinungen verflochten. Dabei wurde auch die Möglichkeit erwähnt, dass es sich um eine „große Krise“ oder „Übergangskrise“ zu einer neuen Entwicklungsetappe des Kapitalismus handeln könnte, bei der es zu tiefgehenden Veränderungen des bisherigen kapitalistischen Wachstums- und Akkumulationsmodells kommen könnte. Festgestellt wurde, dass die Tendenz zu einem reaktionären Ausweg aus der Krise mit entsprechenden innen- und außenpolitischen Folgen vorherrschend ist.

Bestrebungen zu einer grundlegenden Veränderung des bisherigen Wachstums- und Akkumulationsmodells sind nach meinem Eindruck in der Praxis bislang zwar noch wenig erkennbar. Das offizielle Motto des vorgestern begonnenen jüngsten Weltwirtschaftsforums in Davos, wo Frau Merkel einen großen Auftritt hatte, hieß zwar: „The great transformation – Shaping New Models“, also „Die große Umgestaltung – Neue Modelle gestalten“. Doch außer Reden über einen „grünen“ und „nachhaltigen Kapitalismus“ und eine bessere Regulierung der Finanzmärkte blieb die Frage, wie die „neuen Modelle“ des Kapitalismus denn aussehen könnten, auf dem Davoser Treffen doch noch ziemlich im Allgemeinen und umstritten.

Auf jeden Fall wurde aber die Aussage in der Parteitagsresolution über die außergewöhnliche Tiefe der Krise und über die Tendenz zu reaktionären Auswegen von den Realitäten der letzten 15 Monate bestätigt. Wir tun also gut daran, uns mit unseren Überlegungen für das Jahr 2012 auf die Perspektive einer fortdauernden Krise und einer möglichen neuen aktuellen Zuspitzung aller damit verbundenen Widersprüche und sozialen und politischen Folgen einzustellen.

*

Auch die anhaltende Euro-Krise ist natürlich keine isolierte europäische Krise - und auch nicht nur die Folge von Konstruktionsmängeln bei der Gründung der Währungsunion, wie es von Frau Merkel immer wieder zu hören ist, wie es gelegentlich aber auch in Texten linker Autoren steht. Die Euro-Krise ist Teil der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise des Kapitalismus, die 2008/9 einen ersten Höhepunkt erreicht hatte und jetzt wahrscheinlich vor einem zweiten krisenhaften Einbruch steht.

Zu den Hauptursachen dieser Krise gehört die ungleichmäßige ökonomische Entwicklung der letzten Jahrzehnte zwischen exportstarken EU-Staaten wie Deutschland und einigen anderen eher im nördlichen Europa gelegenen Staaten auf der einen Seite und den so genannten „Schuldenstaaten“ im südlichen und teilweise auch östlichen und südöstlichen Europa auf der anderen Seite. Die ungleichmäßige Entwicklung der Euro- und EU-Staaten ist durch die Schaffung des Europäischen Binnenmarkts und später durch die Einführung des Euro beträchtlich beschleunigt worden.

Zu den Hauptfaktoren dieser ungleichmäßigen Entwicklung gehören Unterschiede in der Produktivitätsentwicklung und im ökonomischen Wachstumstempo der einzelnen Staaten, im Umfang der verfügbaren Kapitalgrößen und der damit verbundenen Möglichkeiten zur Nutzung modernster technologischer Neuerungen, die innerhalb der EU ungleichmäßig verteilte Herausbildung global agierender

transnationalen Konzerne, aber auch Unterschiede im Tempo des neoliberalen Umbaus der Arbeits- und Sozialsysteme der verschiedenen Staaten. Zunehmende Exportüberschüsse auf der einen Seite verbanden sich mit dem erbarmungslosen Niederkonkurrieren der einheimischen Wirtschaft in den ökonomisch schwächeren Staaten. Hinzu kamen die Wirkungen des finanzmarktorientierten Systems des heutigen Kapitalismus, mit denen die Verallgemeinerung des „Exports auf Pump“ aus den ökonomisch stärksten Staaten in die Peripherie zum Regelfall gemacht wurde. Das führte auch zur Entwicklung zeitweiliger künstlicher kreditfinanzierter Immobilien- und anderer Konjunkturblasen in diesen Ländern, bis diese Praxis mit immer größer werdenden Schuldenbergen nicht mehr länger aufrechterhalten werden konnte.

Mit „Bankenrettungspaketen“ und anderen Konjunkturförderungsmaßnahmen wie der staatlichen Finanzierung von Kurzarbeit nach dem Ausbruch der Krise wuchsen die Staatsschulden weiter an. Das Ergebnis war die Verwandlung der Banken- und Unternehmenskrisen in die Krise der Staatsschulden.

Das erst ermöglichte den so genannten Rating-Agenturen die groß angelegten Spekulationsattacken gegen einzelne Euro-Staaten und gegen den Euro generell.

*

Es ist hier nicht möglich, auf die aktuellen Erscheinungsformen der Euro-Krise im Einzelnen ausführlicher einzugehen. Ich will nur einige aktuelle Ausprägungen kurz ansprechen.

In den letzten Wochen hat sich die Griechenland-Krise neu zugespitzt. Mittlerweile ist auch in den führenden EU-Kreisen die Einsicht gewachsen, dass dem griechischen Staat auch nach dem von der EU erzwungenen Regierungswechsel und unter strikter Aufsicht und Kontrolle der EU-Troika trotz aller verordneten Spar- und Privatisierungsdiktate eine volle Rückzahlung der angehäuften Schuldenberge einfach nicht mehr möglich ist.

Aber der Internationale Bankenverband, die Finanzkonzerne und Hedgefonds sperren sich, den im Dezember letzten Jahres vom EU-Gipfel beschlossenen „freiwilligen“ Schuldenschnitt von 50 Prozent umzusetzen. Sie ließen die Umschuldungsverhandlungen zeitweise platzen. Seit vorgestern sind sie wieder im Gang, aber ob sie bis zu dem jetzt genannten neuen Zieldatum Mitte Februar abgeschlossen werden können, ist nicht sicher.

Die Finanzkonzerne haben in den Medien ein großes Gejammer über ihre angeblichen Verluste bis zu 70 Prozent inszeniert. Aber diese Zahlen entspringen allein ihren kreativen Rechenkünsten.

Angeblich soll der vorgesehene Schuldenschnitt die griechischen Staatsschulden um 100 Milliarden Euro reduzieren. Das heißt aber bei einem Schnitt von 50 %, dass bei den Banken und Hedgefonds auch 100 Milliarden verbleiben, die ihnen in neue griechische Schuldverschreibungen mit 30-jähriger Laufzeit umgetauscht werden, wobei deren Rückzahlung auf jeden Fall vom Euro-Rettungsschirm ESFS garantiert wird; es sind also Papiere ohne jedes Risiko für die Banken.

Wenn diese neuen Schuldverschreibungen nun, wie der Internationale Bankenverband fordert, mit 4 Prozent verzinst würden, ergibt eine einfache Überschlagsrechnung bei 30 Jahren Laufzeit, dass sie dafür Zinsen von etwa 120 Milliarden einnehmen, Also noch einmal soviel, wie sie ausgeliehen haben. Und selbst bei einer Verzinsung von 3,5 %, wie Eurogroup-Chef Juncker ihnen zugestehen wollte, kämen immerhin 105 Mrd. Euro heraus, also ebenfalls noch einmal die Summe, die sie investieren. Mit anderen Worten: der angebliche Verlust der Banken durch den Schuldenschnitt wird durch die Zinseinnahmen für die neuen Papiere locker ausgeglichen.

Dabei ist noch nicht berücksichtigt, dass die Kreditgeber für die alten Schuldtitel in den vergangenen Jahren ja auch schon beträchtliche Zinseinnahmen eingestrichen haben und dass die alten Griechenpapiere, die die Banken halten, heute an den Märkten längst nicht mehr den Nennwert wert sind, sondern heute weit unterhalb ihres Nennwerts gekauft und verkauft werden.

Insgesamt holen die Finanzkonzerne auf jeden Fall mehr Geld aus Griechenland heraus, als sie dorthin ausgeliehen haben.

*

Weniger im Focus der Medien steht die kaum weniger gravierende Zuspitzung der ungarischen Schuldenkrise.

Sie entwickelte sich vor dem Hintergrund eines rasanten Umbaus des dortigen politischen Regimes in ein von extremem Nationalismus geprägtes autoritäres Regime unter sichtlicher Anknüpfung an Elemente des früheren klerikal-faschistischen Horty-Regimes.

Nun sah sich die EU-Kommission veranlasst, drei Vertragsverletzungsverfahren gegen das Orban-Regime einzuleiten und die ungarischen Anstrengungen zum Abbau des Staatsdefizits als ungenügend zu erklären.

Die Vertragsverletzungsverfahren drehen sich allerdings nur um die Unabhängigkeit der ungarischen Staatsbank, der ungarischen Datenschutzbehörde und der ungarischen Justiz, die durch Orban-Gesetze gefährdet seien.

Die weitgehenden Änderungen der ungarischen Verfassung mit einem „Nationalen Glaubensbekenntnis“ zu Gott, Christentum und „heiliger Krone“ in der Präambel, die aggressiv-nationalistische Erklärung aller im Ausland lebenden Menschen ungarischer Abstammung zu ungarischen Staatsbürgern, die gleichzeitige rassistische Ausgrenzung und Unterdrückung der Roma und anderer Minderheiten in Ungarn selbst, die Diskriminierung sogar der heutigen ungarischen Sozialdemokratie als „Nachfolgepartei“ des kommunistischen Regimes und damit für dessen Verbrechen verantwortlich, das Mediengesetz, das die Medien unter Regierungskontrolle stellt und die beabsichtigte Änderung des Wahlrechts zur Verewigung der heutigen Pro-Orban-Mehrheit sind kein Gegenstand von EU-Verfahren. Erst recht nicht die seit Jahren praktizierte Unterdrückung und Kriminalisierung linker und sozialistischer Bestrebungen in Ungarn bis hin zum Verbot von Hammer und Sichel, Rotem Stern und ähnlichen Symbolen.

Leider ist zu erwarten, daß die EU-Oberen sich nach einigem Wortgeplänkel auf eine „Verständigung“ mit dem Orban-Regime orientieren werden.

*

Zu den Erscheinungsformen der fortdauernden Euro-Krise gehört auch die Herabstufung der Bonitätsnoten von neun Euro-Staaten durch die Rating-Agentur Standard & Poor's - nicht nur hoch verschuldete Süd-Staaten wie Spanien, Portugal und Italien, sondern auch zentrale EU-Staaten wie Frankreich und Österreich - sowie die darauf folgende Abstufung des Euro-Rettungsschirms EFSF. Gestern hat auch die Agentur Fitch fünf Euro-Staaten herabgestuft, darunter wiederum Italien und Spanien. Damit wurde die Euro-Krise weiter geschürt.

Gewiss war dieser Vorstoß nicht ohne Absicht genau zu diesem Zeitpunkt, kurz vor dem EU-Gipfel am Montag bekannt gemacht worden. Sicherlich ist er von den Konkurrenzinteressen des US-amerikanischen und britischen Finanzkapitals bestimmt. Zu den Besonderheiten gehört jedoch, dass S&P in ihrer Begründung fast neokeynsiansische Argumente benutzte. Nämlich dass die den Euro-Staaten aufdiktierte reine Sparpolitik „selbstzerstörerisch“ sei und dass die wachsenden Ungleichgewichte im Wirtschaftswachstum zwischen den Euro-Staaten damit nicht behoben werden.

Der Vorgang ruft in Erinnerung, dass die Griechenland-Krise nicht das einzige Problem für die Euro-Zone ist. Die Gefahr eines so genannten Domino-Effekts nicht nur für andere hoch verschuldete südliche EU-Staaten, sondern auch für die Banken und die Wirtschaft zentraler EU-Staaten ist nach wie vor akut. Nicht zuletzt deshalb drängen Italiens neuer Regierungschef und früherer Goldman-Sachs-Manager Monti, aber auch die IWF-Chefin Christine Lagarde und eine ganze Reihe weiterer führender EU-Politiker, darunter auch Kommissionschef Barroso, auf eine weitere Erhöhung des Euro-Rettungsfonds bis auf 1 Billion Euro, während Merkel und Schäuble sich weiterhin vehement dagegen sträuben.

Nun stehen wir also vor einem neuen „Sondergipfel“ der EU am kommenden Montag. Seine Ergebnisse sind noch nicht genau abzusehen. Angesagt ist die Erörterung des Anfang Dezember von Merkel und Sarkozy auf den Weg gebrachten „Fiskalpakts“. Ob allerdings die ursprünglich für diese Tagung angekündigte Unterzeichnung dieses Vertrags schon stattfinden kann oder auf den kommenden EU-Gipfel am 1. März verschoben werden muss, war bis gestern noch unklar.

*

Unübersehbar haben sich im Schatten der Krise die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der herrschenden EU-Kreise in jüngster Zeit beträchtlich verschärft. Diese Differenzen sind natürlich Ausdruck echter Interessengegensätze. Aber gelegentlich widerspiegelt sich darin nach meinem Eindruck auch, dass die Widersprüche des heutigen globalisierten Kapitalismus so groß und unbeherrschbar geworden sind, dass auch die Planer und Macher der EU-Politik manchmal rat- und konzeptionslos erscheinen, wie ein systemkonformer Ausweg zu finden wäre.

Angesichts der neuerlichen Verstärkung der Krisenprobleme und der Meinungsverschiedenheiten in der EU ist in jüngster Zeit von den verschiedensten Seiten auch immer wieder ein baldiges Platzen der Euro-Währungsunion und ein Ende des Euro vorausgesagt worden. Auch in linken Publikationen und von Autoren, die der DKP angehören oder nahe stehen, gibt es Äußerungen, die in diese Richtung deuten.

Nun will ich nicht bestreiten, dass die Tiefe und Zuspitzung der Krise und die dabei sichtbar werdenden Gegensätze für solche Prognosen durchaus gute Gründe liefern. Tatsächlich ist die Euro-Krise mit Merkels neoliberalen Sparzwang- und Privatisierungsrezepten, die die betroffenen Staaten immer tiefer in die Rezession drängen, letztlich nicht zu bewältigen. Dennoch möchte ich wiederholen, was ich schon auf

unserer Theoretischen Konferenz Ende Oktober hier in Hannover gesagt habe, nämlich dass man meiner Ansicht nach mit solchen Prognosen sehr vorsichtig und zurückhaltend umgehen sollte.

Unter imperialistischen Bedingungen setzt sich im Prinzip letztlich die Macht der ökonomisch Stärksten durch. Sie können dank ihrer ökonomischen Dominanz die Entwicklungsrichtung bestimmen und den ökonomisch Schwächeren ihren Kurs aufzuzwingen.

Und wie sieht der derzeitige Kurs der ökonomisch Stärksten in der Euro-Krise aus?

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die maßgeblichen EU-Spitzen derzeit jedenfalls immer noch alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Euro und die Währungsunion zu erhalten und zu sanieren. Das ist, so weit erkennbar, die aktuelle strategische Hauptorientierung des deutschen Kapitals und auch der dominierenden französischen Kapitalkreise und ihres politischen Personals.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in einem am 7. September letzten Jahres veröffentlichten Thesenpapier erklärt hat, dass die deutsche Industrie „größtes Interesse am Erhalt des Euro sowie am Fortbestand und der Weiterentwicklung der Europäischen Union“ hat. In dem BDI-Papier wurde betont, dass die Krise auch als Chance begriffen werden müsse, „langfristig notwendige Weichenstellungen endlich anzupacken“.

Die Merkelsche Politik entspricht genau diesen Vorgaben. In ihrer Rede in Davos hat sie gerade wieder verkündet, dass die Europäer bereit sein müssen, „mehr nationale Kompetenzen an Europa abzugeben“. Ihre Forderung nach mehr „Durchgriffsrechten“ der EU- bzw. Euro-Gremien gegenüber den Mitgliedsstaaten soll gerade in dem übermorgen zur Verhandlung anstehenden Fiskalpakt eine weitere verbindliche juristische Ausprägung erfahren.

Das Kernstück dieses Fiskalpakts ist die weitere Verschärfung der Vorkehrungen zur Durchsetzung einer strafferen Haushaltsdisziplin in allen teilnehmenden EU-Staaten. Alle Euro-Staaten plus alle EU-Staaten, die sich dem anschließen, werden damit verpflichtet, eine „Schuldenbremse“ nach deutschem Vorbild in ihre Verfassungen oder in anderer Form bindend in ihre nationale Gesetzgebung einzuführen. Alle Staaten sollen verpflichtet sein, künftig nur ausgeglichene Haushalte zu verabschieden. Bereits bei einem strukturellen Defizit von 0,5 Prozent soll ein Mechanismus greifen, der die Staaten automatisch zu einer Korrektur zwingt, ohne dass dies durch einen Parlamentsbeschluss verhindert werden kann. Das ist eine weit schärfere Vorschrift als das bisherige 3-Prozent-Kriterium im EU-Stabilitätspakt. Und gegen säumige Staaten, die sich nicht daran halten, soll es Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof geben.

Dabei ist zu beachten, dass der Fiskalpakt - oder die Verwandlung der EU in eine „Stabilitätsunion“, wie Frau Merkel es nennt -, nur ein weiterer Baustein zum Ausbau der Macht und der wirtschaftspolitischen Kompetenz der zentralen EU- und Euro-Gremien gegenüber den Mitgliedsstaaten ist, der bereits seit zwei Jahren massiv im Gang ist.

Ich erinnere an die Einführung des „Europäischen Semesters“, mit dem die EU-Kommission ermächtigt wurde, jedes Jahr die Haushaltsplanungen aller Nationalstaaten vorab zu kontrollieren, zu bewerten und Korrektorempfehlungen zu geben, bevor die nationalen Parlamente damit befasst werden. Das wurde letztes Jahr schon zum ersten Mal praktiziert; jetzt wird für dieses Jahr erneut damit begonnen.

Zusammen mit dem „Europäischen Semester“ wurde der „Euro-Plus-Pakt“ eingeführt, mit dem die beteiligten Mitgliedsstaaten, verpflichtet werden, jährlich zugleich mit der Haushaltsplanung „Reform“-Vorhaben zur „Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit“ vorzulegen, die ebenfalls von der EU-Kommission kontrolliert und begutachtet werden.

Schließlich hatten wir im November letzten Jahres die Inkraftsetzung des so genannten „Six-Pack“ mit sechs neuen EU-Verordnungen zur Verstärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung der Euro-Staaten mit verstärkten Weisungs- und Durchgriffsrechte der Brüsseler EU-Kommission gegenüber den Mitgliedsstaaten.

Es muss hervorgehoben werden: Das Ziel aller dieser Maßnahmen ist nicht allein die Rettung des Euro und die dafür notwendige Sanierung der „Schuldenstaaten“. Es geht auch nicht nur um die Kompetenzverteilung zwischen Mitgliedsstaaten und zentralen EU-Gremien in wirtschaftspolitischen Fragen. Die neuen wirtschaftspolitischen Kompetenzen, die der EU unter der Bezeichnung „Wirtschaftsregierung“ zugewiesen werden, sind an klare Vorgaben gebunden.

Gegen das Bemühen um ausgeglichene Haushalte und den Abbau von Staatsschulden wäre ja meiner Meinung nach im Prinzip gar nichts einzuwenden. Die entscheidende Frage ist nur, wer die Lasten tragen und wer dafür bezahlen soll. Die EU-Politik geht natürlich nicht in die Richtung eines Schuldenabbaus durch Streichung der Ausgaben für die Militäreinsätze europäischer Truppen in Afghanistan und anderen Teilen der Welt. Auch nicht in die Richtung der Besteuerung der Finanzspekulationen, obwohl jetzt gelegentlich das

Wort „Finanztransaktionssteuer“ in Merkel-, Schäuble- und Sarkozy-Reden und als irgendwann künftig zu behandelndes Thema in EU-Texten vorkommt. Aber das ist wohl überwiegend und noch auf längere Zeit nur Sand-in-die-Augen-der-Bürger-Streuen. Schon gar nicht auf dem Programm der EU- bzw. Euro-Pläne steht eine höhere Besteuerung der auch in der Krise enormen Gewinne des Finanzkapitals und der Milliardäre.

Stattdessen ist der rigorosen Stabilitäts- und Sparkurs in der EU genau in die entgegengesetzte Richtung orientiert. Es geht um die weitere Durchsetzung einer Wirtschafts-, Haushalts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik in allen EU-Staaten, die eindeutig an den Rezepten der neoliberalen Wirtschaftsdoktrinen orientiert ist. Es geht um die Abwälzung der Krisenlasten von den eigentlichen Verursachern auf die große Mehrheit der Bevölkerung, um die grundsätzliche Veränderung der Verteilungsrelationen am produzierten Reichtum, um das Herabdrücken des Preises der Ware Arbeitskraft in allen EU-Staaten auf ein weitaus niedrigeres Niveau als bisher, um die Fortsetzung des gewaltigen Umverteilungsprozesses des geschaffenen Reichtums von unten nach oben.

*

In jüngster Zeit ist auch von Merkel und anderen führenden EU-Politikern häufiger zu hören, daß Haushaltsstabilisierung und Schuldenabbau allein nicht ausreicht; es müsse auch dafür gesorgt werden, dass die ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten auch durch „strukturelle Reformen“ zur Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten reduziert werden.

Der Trick besteht darin, was dabei unter „strukturelle Reformen“ und „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ verstanden wird.

Die Kanzlerin verwies in ihrer Davoser Rede in diesem Zusammenhang als gutes Beispiel auf die „Arbeitsmarktreformen in Deutschland“, die „unter dem Markenzeichen Hartz IV bekannt geworden“ sind und zu einer „massiven Verbesserung“ auf dem deutschen Arbeitsmarkt geführt hätten. Das ist durchaus ernst gemeint: Hartz IV als Modell für ganz Europa. Kürzung von Arbeitslosenleistungen, mehr Druck auf Arbeitslose zur Annahme jeder beliebigen, auch unterbezahlten Arbeit, Förderung von befristeten Arbeitsverhältnissen und Leiharbeit, Ausweitung des Niedriglohnssektors, Aushebelung der Tarifverträge durch betriebliche Öffnungsklauseln, „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten und Abschaffung von Überstundenregelungen und Überstundenvergütungen, Erleichterung von Entlassungen durch Verschlechterung des Kündigungsschutzes – das alles sind nach dem Konzept der deutschen Kanzlerin und mit ihr der restlichen Euro-Chefs Maßnahmen zur „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“, die zum Modell für alle EU-Staaten gemacht werden sollen.

In den vorhin genannten neuen EU-Texten gibt es einen ganzen Katalog von Hinweisen in diese Richtung zu den „strukturellen Reformen“, die nun in Angriff genommen werden sollen. Dazu gehört u. a. ein ständiger Vergleich der Lohnstückkosten zwischen den einzelnen EU-Staaten, natürlich mit dem Ziel ihrer weiteren Absenkung. Weitere Elemente sind die Deregulierung des Arbeitsrechts, die Erleichterung von Entlassungen nach der Methode „Heuern und Feuern“, die generelle Erhöhung der Altersgrenzen für den Rentenbezug, die weitere Privatisierung von öffentlichen Unternehmen. Das sind die Vorgaben, die mit den verstärkten Kontroll- und Weisungsrechten der EU- bzw. Euro-Zentralen gegenüber den Mitgliedsstaaten umgesetzt werden sollen.

Mit dem Ausbau der EU-Kompetenzen auf wirtschafts-, finanz- und zunehmend direkt oder indirekt auch auf sozialpolitischem Gebiet verbunden ist die weitere Aushöhlung und Einschränkung der nationalen Souveränitätsrechte der Einzelstaaten und damit ein Abbau von Demokratie. Das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente, ein Kernstück des bürgerlichen Parlamentarismus, wird praktisch ausgehebelt. Die Bevollmächtigung der EU-Kommission zur Entsendung von Sparkommissaren und Kontrolleuren in einzelne Staaten ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Schließlich haben die Vorgänge am Jahresende in Griechenland und Italien gezeigt, dass die EU mit der Begründung, dass dies für die Rettung des Euro nötig sei, sogar die Ablösung gewählter Regierungen und die Einsetzung von den EU-Obernen gefälligeren Regierungschefs und Regierungskoalitionen betreibt.

Zu den Umbaumaßnahmen gehört auch die stärkere Unterteilung und damit Spaltung der EU in zwei unterschiedlich eng integrierte Gruppen: das mächtige „Kerneuropa“ mit Deutschland und Frankreich als „hartem Kern“, und die von diesem Kern abhängige und seinen Interessen untergeordnete Peripherie. Dazu gehört, dass die Euro-Gruppe künftig mit einem eigenen Präsidenten und eigenen regelmäßigen Spitzentreffen neben den bisherigen EU-Strukturen eine eigenständige Beschlussstruktur bekommt und damit ein stärkeres Eigenleben als EU-Führungszentrum entwickeln wird. Zugleich verfestigt sich damit die dominante Stellung der beiden Führungsmächte Deutschland und Frankreich innerhalb der EU. Noch ungeklärt ist zurzeit, welche Rolle unter diesen Umständen künftig Großbritannien spielen wird.

Zusammengefasst kann man meiner Ansicht nach also durchaus sagen, dass mit allen diesen Veränderungen die Machtbefugnisse der EU-Zentrale gegenüber den Mitgliedsstaaten und die

Herausbildung einer Euro-Kerngruppe eine neue Qualität erreichen. Es bestätigt sich die in unserem Parteiprogramm enthaltene Einschätzung, dass die wirtschaftliche und politische Dynamik die EU dazu drängen, sich den Kern eines supranationalen Staatsapparats zu verschaffen.

*

Nun kann man natürlich sagen, dass alle diese Maßnahmen letztlich nicht in der Lage sein werden, die systembedingten kapitalistischen Widersprüche, die der Euro-Krise zugrunde liegen, zu bewältigen. Das stimmt. Letztlich sind die kapitalistischen Widersprüche im Rahmen des Kapitalismus natürlich überhaupt nicht zu bewältigen.

Aber wir sollten uns meiner Meinung nach trotzdem nicht darauf einstellen oder verlassen, dass der Euro und die Währungsunion oder die EU als Ganzes über kurz oder lang gewissermaßen von selbst zusammenbrechen werden. Bei aller grundsätzlichen Unlösbarkeit der Widersprüche im Rahmen des Kapitalismus sollten wir die Möglichkeiten der Herrschenden, die Krisenprobleme wenigstens zeitweilig doch auch wieder einigermaßen in den Griff zu bekommen, nicht unterschätzen.

Wir dürfen dabei auch nicht vergessen, dass die Krise nicht nur Verlierer kennt. Es gibt auch Krisengewinner. Wenn ich etwa die Banken, Versicherungen und Investmentfonds, also das Finanzkapital nehme, haben die meisten dieser Unternehmen doch bisher durch die Krise nichts verloren, sondern weiter prächtige Gewinne gemacht. Der Sinn der diversen „Rettungsschirme“ besteht ja gerade darin, die Zinseinkünfte und Kapitalrückflüsse aus den Schuldenstaaten für die großen Finanzkonzerne sicherzustellen, weshalb wir zu Recht sagen, dass die Euro-Rettungsschirme in Wirklichkeit Bankenrettungsschirme sind.

Die entscheidende Frage bleibt meiner Meinung nach deshalb nach wie vor, wie lange es den Herrschenden noch gelingen kann, die Lasten der Krise trotz aller Gegenwehr letztlich doch auf die Bevölkerung abzuwälzen. Wie lange lässt sich der Ausbruch von sozialen und politischen Konflikten in Europa, die ihre Macht tatsächlich bedrohen könnten, noch verhindern?

Trotz des europaweit sicherlich beachtlich gewachsenen Widerstands ist zumindest derzeit nicht absehbar, dass eine solche Situation mit explodierenden sozialen Konflikten, die die Macht der herrschenden Kreise in den EU-Staaten tatsächlich bedrohen würden, in näherer Zukunft entstehen könnte. Noch herrscht trotz aller den Völkern aufgebürdeten „Opfern“ vielfach die Tendenz zur Hinnahme der abgepressten Krisenopfer vor. Was uns darauf verweist, dass eben nicht nur die objektive Verschärfung der sozialen Gegensätze, sondern vor allem die Entwicklung des subjektiven Faktors entscheidend ist.

Wie also können die Kräfte formiert werden, die dem ein Ende machen und tatsächlich eine andere Politik und Entwicklungsrichtung in EU-Europa durchsetzen können? Das ist Frage nach der weiteren Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse - und natürlich die für uns wichtige Frage, was wir dazu beitragen können.

2.

Ich möchte nun noch etwas zu einigen Fragen nach der Alternative sagen.

Am meisten verbreitet bei der Frage nach einer Alternative zur derzeitigen EU-Politik ist wohl die Vorstellung von einer Rückkehr zu nationalen Währungen. Auch in linken Kreisen gibt es gelegentlich Argumentationen, die in diese Richtung weisen.

Ich möchte deshalb gleich vorweg sagen, dass ich diese Vorstellung unter den in Deutschland gegebenen Bedingungen für eine rückwärtsgewandte, also reaktionäre Parole halte. Es ist kein Zufall, dass sie gerade auch von rechtsextremistischen Kreisen in vielen EU-Staaten propagiert wird.

Vielleicht kann die Frage nach dem Austritt aus der EU in Ländern an der EU-Peripherie anders beantwortet werden. Obwohl sich meiner Ansicht nach auch dort bei einem solchen Schritt viele unübersehbare und ungeklärte Fragen ergeben.

Aber unter den gegebenen Verhältnissen und Kräfteverhältnissen in Deutschland ist die Vorstellung von einer Überwindung der Euro-Krise durch die Rückkehr zur nationalen Währungshoheit und zu den Nationalstaaten meiner Meinung nach nicht nur eine von den Realitäten losgelöste und deshalb untaugliche Vorstellung, sondern politisch falsch. Die meisten Deutschen verbinden damit nur die Vorstellung von einer Rückkehr zur D-Mark und zur „guten alten Zeit“ der Sozialstaatskompromisse der 50er Jahre, die unter den heutigen Bedingungen gar nicht mehr möglich sind.

Weshalb sollte die Rückkehr zur nationalen Währungssouveränität ein Fortschritt oder gar eine „Chance“ sein, wenn es sich nur um die Rückkehr zu den alten kapitalistischen bzw. imperialistischen Nationalstaaten handelt? Das könnte doch nur bedeuten, dass wir vom Regen in die Traufe kommen.

Der Pferdefuß und die entscheidende Schwäche dieser Vorstellungen liegen darin, dass dabei die Frage nach den Kräfte- und Machtverhältnissen, die Frage nach dem Klassencharakter der Staaten ausblendet wird.

Die wichtigste Frage ist aber nicht Nationalstaat oder EU-Integration, sondern wer das Sagen hat, wer die Richtung bestimmt. Das heißt, die Kernfrage ist, wie die politischen Kräfteverhältnisse verändert werden können, und zwar sowohl in den einzelnen Nationalstaaten wie auf EU-Ebene.

Natürlich könnte ein Austritt aus der EU vielleicht auch mit einer tiefgehenden Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse verbunden sein, so dass sie nicht die einfache Rückkehr zu den früheren kapitalistischen Nationalstaaten bedeuten würde. Aber eine solche Entwicklung zeichnet sich meiner Ansicht nach derzeit leider nicht ab, zumindest nicht in den EU-Kernstaaten. Und würde sich eine solche Situation ergeben, wäre es meiner Meinung nach relativ unwahrscheinlich, dass dies isoliert in einem einzigen EU-Staat geschieht, während rundherum das alte vom Finanzkapital dominierte Umfeld bestehen bleibt. Wahrscheinlicher und vor allem wünschenswerter und auf jeden Fall Erfolg versprechender wäre, wenn sich im Verlauf großer kämpferischer Auseinandersetzungen und der Entwicklung umfassender Massenbewegungen in mehreren EU-Staaten gleichzeitig oder parallel eine solche Situation entwickeln würde. Wenn dies aber möglich wäre, würde sich sofort die Notwendigkeit eines engen politischen und ökonomischen Zusammenwirkens auch dieser Staaten auf europäischer Ebene ergeben. Auch sie bräuchten also gewisse Strukturen auf supranationaler europäischer Ebene, wie sich das beispielsweise auch in Lateinamerika als notwendig gezeigt hat. Die Grundlage dafür wären sicherlich nicht die heutigen EU-Verträge; eine Zusammenarbeit mit ganz anderen Zielen und Inhalten müsste natürlich auch eine neue Vertragsgrundlage bekommen.

Aber derzeit stehen wir in Europa nicht an diesem Punkt. Deshalb muss es nach meiner Ansicht nach wie vor darum gehen, den Kampf gegen die imperialistische EU-Politik auf allen Ebenen weiter zu entwickeln, für demokratische und soziale Reformen progressiven Inhalts zu kämpfen, und zwar sowohl auf nationalstaatlicher wie auf europäischer Ebene.

*

Auf der Theoretischen Konferenz ist mir das Argument entgegengehalten worden, dass die EU als imperialistisches Staatenbündnis doch gar nicht reformierbar oder demokratisierbar sei.

Meiner Meinung nach ist dies aber eine Behauptung, die ohne nachvollziehbare Begründung vorgebracht wird.

Wenn wir behaupten, die EU sei nicht reformierbar, weil sie Instrument des Imperialismus ist, gilt das gleiche doch auch für die imperialistischen Nationalstaaten, die wir dann ebenfalls für „nicht reformierbar“ oder „demokratisierbar“ erklären müssten.

Warum sollten wir den Kampf um demokratische und soziale Reformen im imperialistischen Staat Deutschland für möglich und in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der Klassenkräfte sogar für das entscheidende Kettenglied halten, um an weitergehende Perspektiven heranzukommen, ihn aber auf EU-Ebene für unmöglich erklären? Wieso soll das Verhältnis vom Kampf um Reformen und revolutionärer Zielstellung - das bekanntlich in Rosa Luxemburgs Schrift „Sozialreform oder Revolution“ bereits dahingehend grundlegend geklärt wurde, dass es falsch ist, das eine dem anderen entgegenzustellen - auf EU-Ebene grundsätzlich anders zu bestimmen sein als auf der Ebene der Nationalstaaten?

In beiden Fällen ist die Frage der Reformierbarkeit, also die Frage der Durchsetzung von sozialen und politischen Reformen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung noch im Rahmen des Kapitalismus, doch vor allem die Frage nach den sich entwickelnden Kräfteverhältnissen, die Frage nach dem Grad der Mobilisierung und Kampfbereitschaft großer Teile der Bevölkerung für entsprechende demokratische und soziale Forderungen.

Die gegenwärtige Krise könnte natürlich dazu verführen, sich ganz auf die Propagierung der Erkenntnis zu konzentrieren, dass der Kapitalismus prinzipiell unfähig ist, die in ihm ausbrechenden Krisenprozesse zu bewältigen, und dass deshalb der Sozialismus die einzig richtige Alternative ist, für die wir jetzt kämpfen müssen.

Ich würde dies aber für eine fehlerhafte Verengung unserer Orientierung halten.

Gerade heute entstehen angesichts der Krisenerfahrungen, die die Menschen selbst machen, neue Bündnismöglichkeiten mit Menschen, die von unseren Vorstellungen, was die Zukunft angeht, vielleicht noch weit entfernt sind, die aber schon erkennen, dass Eingriffe in die Macht des Kapitals, vor allem der Banken und Finanzkonzerne im allgemeinen Interesse erforderlich sind. Vom Sozialismus haben sie möglicherweise nur die falsche Vorstellung im Kopf, dass es sich um einen historisch gescheiterten Versuch handelt. Damit dürfen wir uns natürlich nicht abfinden. Aber in den Vordergrund unseres Herangehens an diese Menschen

und unseres Verhaltens ihnen gegenüber müssen wir doch das gemeinsame Interesse an jenen Forderungen stellen, die sie selbst für richtig halten und für deren Verwirklichung sie bereit sind, sich einzusetzen. Also die Forderung nach einer anderen Politik, nach einer anderen Entwicklungsrichtung in Deutschland und in der EU, nach einem anderen, sozialen, ökologisch und friedensorientierten Europa.

Deshalb erscheint es mir gerade jetzt wichtig, daran festzuhalten, dass wir in unserem Parteiprogramm eine strategische Orientierung entwickelt haben, die nicht nur den Gegensatz Kapitalismus – Sozialismus in den Vordergrund stellt, sondern Vorstellungen von einem Übergangsprozess in mehreren Stufen oder Etappen entwickelt, mit denen letztlich der Weg zu einem neuen Anlauf zum Sozialismus geöffnet werden kann. Unsere strategische Orientierung für die gegenwärtige Kampfetappe heißt Kampf um die Durchsetzung einer Wende zu sozialem und demokratischem Fortschritt. In der Resolution des 19. Parteitags wurde gesagt: „Ein Politikwechsel ist nur möglich, wenn sich dafür Bündnisse, Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, formieren“. Ich halte dies gerade auch im Zeichen der Krise für die richtige strategische Orientierung. An ihrer Umsetzung mit der notwendigen Hartnäckigkeit und Geduld, aber auch mit dem notwendigen Realismus und mit der notwendigen Offenheit gegen andere, nicht unserer Weltanschauung und unseren Vorstellungen vom Sozialismus zugeneigten Menschen zu arbeiten – und zwar auf allen Ebenen, von der betrieblichen und gewerkschaftlichen über die kommunale bis zur Bundes- und EU-Ebene – das ist nach meiner Ansicht nach wie vor die entscheidende Aufgabe, die sich derzeit für die DKP ergibt.